



An den Grossen Rat

16.5189.02

PD/P165189

Basel, 17. August 2016

Regierungsratsbeschluss vom 16. August 2016

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „politische Kultur in Basel“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Für uns steht fest: Politik lebt vom Mitmachen. Eine breite und aktive Zivilgesellschaft ist der Garant für eine lebendige Demokratie in unserem Kanton. Die Vielzahl an Vereinen, Initiativen und Organisationen ist eine notwendige Ergänzung zu den in Basel aktiven demokratischen Parteien.

Der öffentliche Diskurs ist ein wichtiger Bestandteil jeder Demokratie. In einer transparenten Regierungsarbeit sehen wir die Chance, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unser Kanton zukunftsfest zu machen und gerecht weiterzuentwickeln. Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Basler mehr als bisher an politischen Entscheidungen beteiligen. Wir werden prüfen, ob wir mehr Möglichkeiten der direkten Demokratie schaffen können, um die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Politik, das sind wir alle, weil wir alle Bürger sind. Auch die Politiker sind Bürger. Politik ist die Ebene, auf der wir diskutieren, wie wir leben wollen. Und weil diese Fragen uns alle angehen, sollten wir uns alle an dieser Diskussion beteiligen, damit wir nachher mit dem Ergebnis zufrieden sind. Die Frage ist bloss: Wie soll das gehen? Und hat der Bürger überhaupt Lust dazu? Meist ist er ja frustriert, weil er denkt, die Politik hört nicht auf ihn, sondern macht, was sie will. Würde sie auf den Bürgerwillen hören, wäre alles gut. Hier die Bürger, dort die Politik – so einfach ist es aber nicht.

1. Kann man den Wähler mit einem Gesetz in Basel zwingen, dass er wählen geht?
2. Wenn ein Wähler nicht wählen geht, kann er dann mit einer Strafe von Fr. 5 belegt werden?
3. Gibt es noch Schweizer Kantone, wie Schaffhausen, wo das Wählen Pflicht ist und wer nicht geht, bezahlt eine Strafe?

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

| Der Verfassungsgeber hat sich gegen den Stimmenzwang ausgesprochen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin